

KURSWEG SACHSEN-ANHALT: WACHSEN ODER SCHRUMPEN!

erschienen am 12. Juni 2015

[FDP](#), [Leitantrag](#)

Beschluss des Landesparteitages der FDP Sachsen-Anhalt am 25.04.2015
(Leitantrag)

Sachsen-Anhalt schrumpft bei der Bevölkerung und bei der Wirtschaft. Investitionen und Wirtschaften finden kaum noch statt. Bei Innovationen ist Sachsen-Anhalt weit abgeschlagen. Doch der schwarz-roten Landesregierung ist die dramatische Fehlentwicklung nur eines ein: Sie verwaltet den Niedergang des Landes und plant den weiteren Niedergang weiter. Das wäre.

Dass Sachsen-Anhalt nicht, haben wir Liberalen zwischen 2002 und 2006 gezeigt. Hat sich unser Land besser entwickelt als die anderen Bundesländer? Nein, wir sind wieder hinterher.

Unser Land befindet sich in der Europäischen Union eine ideale zentrale Lage. Es hat in allen Teilen eine vorzügliche Erschließung durch Autobahnen, Schienen und Bundesstraßen erfahren. Sachsen-Anhalt hat eine attraktive Landschaft und historisch eine Spitzenstellung in Deutschland ein.

Im Gegensatz zur amtlichen Statistik ist die FDP von Sachsen-Anhalt davon überzeugt: Es gibt einen Aufwuchs. Es ist höchste Zeit, das Steuer herumzureißen: Wachsen ist das Motto von Sachsen-Anhalt lauten.

Daraus ergeben sich allerdings gravierende Konsequenzen für die gesamte Politik unseres Landes. Es gilt, die vorhandenen Mittel konzentrieren, die unser Land für Menschen wie uns zu machen. Es gilt, Zuwanderung aus dem In- und Ausland aktiv anzukurbeln. Es gilt, die Willkommenskultur im Land zu stärken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eines: Sich für dieses Land Sachsen-Anhalt mit voller Leidenschaft einzusetzen.

Deshalb setzt sich die FDP Sachsen-Anhalt für folgende Ziele ein:

Für ein Musterland der Innovationen

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- **Deutliche Verbesserung der Finanzierung von Innovations- und Entwicklungsprojekten der Privatwirtschaft.**

Im überwiegend mittelständigen produzierenden Gewerbe von Sachsen-Anhalt liegen die Innovationskraft und Entwicklung deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. Die Förderung von Projekten der Forschung und Entwicklung muss ebenso deutlich verbessert werden wie die Förderung von Industrieforschungseinrichtungen, die im Bereich der Innovationen ein breites Kompetenzfeld anbieten und als Dienstleister für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehen.

- **Erhöhter Einsatz staatlichen Mittel auf Wissenschaft und Forschung.**

Für die Innovationsentwicklung eines Landes spielen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen als

Schritt in Wissenschaft und Wirtschaft. Angesichts des niedrigen Lohnniveaus war es ein schwerer Fehler der schwarz-roten Landesregierung, die Mittel für die Hochschulen nach der Rasenmäher-Debatte drastisch ausgerechnet in innovationsorientierte Bereiche der Hochschulen Mittel kürzt, braucht sich nicht zu wundern, dass der Entwicklungsprozess der Bevölkerung des Landes voranschreitet. Die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt wieder wächst, muss die Staatsregierung für soziale Wohltaten - viel stärker für Wissenschaft und Innovationen - aufpassen.

- **Förderung der Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt führend ist.**

Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung muss auf Technologien sein, bei denen Sachsen-Anhalt eine führende Rolle spielt. Es gehört in dem Land, das sich zutreffend „Wiege der deutschen Biotechnologie“, insbesondere die Biotechnologie einschließlich der Grünen Gentechnik, von der Nationalen Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“ in Halle. Die Wissenschaftlern in Sachsen-Anhalt immer wieder erhoben. Eine Förderung der Grünen Gentechnik wurde in der Vergangenheit als Abwürgen der Biotechnologie-Offensive der frühen 1990er Jahre konterkariert. Sachsen-Anhalt muss im Bereich der Biotechnologie vorzüglich wieder auf einen wissenschaftsorientierten Kurs zurückkehren und jegliche ideologischen Hürden in der Wissenschaftsförderung ab.

- **Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas**

Wer möglichst viele Forscher und Unternehmer ins Land holen möchte, um möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze zu lassen, muss ein Klima der Innovationsfreundlichkeit schaffen. Das bedeutet: Forscher und Unternehmer, die innovative Verfahren entwickeln und anwenden wollen, müssen wissen, dass sie in Sachsen-Anhalt schneller als in jedem anderen Bundesland machen können. Als Land der Tüftler und Entwickler muss Sachsen-Anhalt damit einen Weg gehen, den es in früheren Zeiten stark gemacht hat. Andere Regionen Deutschlands haben diesen Weg in den letzten Jahrzehnten mit großer Mühe gefunden. Sachsen-Anhalt kann das auch. Es muss zu einem Innovationsland werden!

Ein Hochleistungsland kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn es Spitzenprodukte entwickeln. Die Innovationskraft entscheidet deshalb in hohem Maße über seine wirtschaftliche Zukunft mit seiner Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte. Nach dem Ranking 2014 des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg, das die Länder der EU vergleicht, liegt das Land Sachsen-Anhalt, was die Beschäftigten in technologie- und wissensintensiven Dienstleistungen an Patentanmeldungen anbetrifft, nach allen anderen Ländern auf dem letzten Platz. In keinem Aufgabenbereich der Landesentwicklung ist dies offenkundiger und für die weitere Landesentwicklung katastrophaler als im Bereich der Innovationspolitik. Ein Politikwechsel ist überfällig.

Für eine neue Gründer- und Unternehmerkultur im Land der Startups

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- **Umdenken im Kopf**

Sachsen-Anhalt zum gründerfreundlichsten Bundesland zu machen ist eine Herausforderung, die nur gelingen kann, wenn wir die gesellschaftliche Kultur und Denkweise ändern. Bisher lag auf das Bild vom Unternehmer vorherrschend, grüßlos, egoistisch, egozentriert, Unternehmen und den hinter ihnen stehenden Menschen ein grundlegendes Misstrauen entgegen. Wo keine Risikobereitschaft, Mut und Optimismus nicht belohnt werden; wo das Ziel, Wohlstand und Reichtum gemeintlich unmoralisch gilt; wo in Schulbüchern der schamlos geldverdienende, dickenbäuchige Ausbeuter dargestellt wird, kann eine gründerfreundliche Atmosphäre nicht entstehen. Eine Kultur des Erfolgs - vor allem bei politischen Verantwortlichen - ist erforderlich. Nicht Beamte und Gesetzgeber, sondern Unternehmer und Wachstum, sondern kreative Menschen, die bereit sind, in diese zu investieren und auf sie zu vertrauen. Die Freien Demokraten wollen diesen Menschen entgegenkommen und zurück nach Sachsen-Anhalt bringen. Schaffen wir die Rahmenbedingungen, dass unser Land das Land der

Starke

- **Wirtschaftswissenschaften in Schulen**

Das Fach Wirtschaftswissenschaften in öffentlichen Schulen ein Schattendasein. Die Freien Demokraten wollen dies ändern. Wir sind der Meinung, dass das Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen zu einer guten Bildung genauso wichtig ist wie Deutsch oder Mathematik. Deshalb wollen wir den Wirtschaftswissenschaften für alle Schulen im Land ab Klasse sieben einführen. Ziel ist es, den Schulabsolventen ein prinzipielles Verständnis von ökonomischen Grundlagen, den verschiedenen ökonomischen Schulen wie Monetarismus, Keynesianismus, Neoliberalismus, ökologische Schule, aber auch praktischen steuerrechtlichen Zusammenhängen und Fragenstellungen nachweisen können

- **Mehr Gründergeist in die Universitäten**

Unsere Universitäten haben in den letzten Jahren bei der Finanzierung und -förderung einiges aufgeholt. So existieren bereits Projekte, Vereine und Arbeitsgemeinschaften, die Studierende auf ihrem Weg unterstützen und Know-how bereitstellen. Trotzdem bleiben Potentiale unberücksichtigt. Unser Ziel ist es, universitäre Projekte besser mit der Wirtschaft, Handelskammern und den Einrichtungen der Förderung - wie beispielsweise der Förderbank - zu verknüpfen und dafür sorgen, dass auch das Land Sachsen-Anhalt seine Verantwortung gerecht wahrnimmt. Während ihres Studiums den Schritten zur Firmen- oder Vereinsgründung, sollen unbürokratisch Urlaubssemester oder Auswahlpunkte für ihr Studium erhalten können.

- **Steuer-, Abgaben- und Sozialversicherungsbeiträge für Gründer reduzieren**

Das deutsche Steuerrecht trifft neu gegründete Firmen ab der ersten Monatshälfte grundsätzlich mit seiner vollen Belastungshöhe und -pflichten. Es behandelt ein Startup-Unternehmen im ersten Lebensjahr im Grundsatz nicht anders, als die Kapitalgesellschaft. Wir Freien Demokraten halten das für unfair und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass

Unternehmen in beiden Jahren ihres Bestehens lediglich reduziert werden müssen und unabhängig von ihrer Rechtsform steuerlich befreit sind. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass Personengesellschaften ebenso wie Personengesellschaften heute den Gewerbesteuerfreibetrag nutzen können. Die Freie Demokraten setzen sich für die Befreiung von Berichts- und Informationspflichten gegenüber den Behörden und den Kaufleuten ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berichtspflichten für Gründungsunternehmen auf ein Minimum reduziert werden.

- **Effiziente und schlanke Förderung von Unternehmensgründungen**

Die Freien Demokraten wollen bürokratische Hürden der Wirtschaftsförderung abbauen. Wir stellen uns im Zusammenhang eine zentrale Stelle als Ansprechpartnerin für den Zusammenhang mit einer Unternehmensgründung vor, an der dort gebündelt werden, sodass potentielle Interessierte ein "Shop-Verfahren" von den Angeboten Gebrauch machen können. Darüber hinaus soll die landeseigene Förderbank modernisiert werden. Startup-Kredite für Unternehmensneugründungen werden gefördert.

- **Lernprozess statt Eingeständnis des Scheiterns – Insolvenzrecht reformieren**

Das deutsche Insolvenzrecht ist trotz der Reformen der letzten Jahre von seiner grundlegenden Ausrichtung als rechtlich konservativ geblieben. Wir wollen das Insolvenzrecht auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine Kultur des Scheiterns Einzug in die Insolvenzordnung erhält. Wenn eine Geschäftsidee nicht erfolgreich war, soll nicht länger als Scheitern angesehen werden, sondern das Insolvenzverfahren als Lernprozess begreifen können. Zukünftig soll die insolvente Firma Vorrang vor ihrer Abwicklung haben.

- **Unternehmenskredit besser vereinbaren**

Für den Wahlkampf

Die Freien Demokraten fordern:

- **Kein Weg mit dem Mindestlohn-Monster**

Mit Blick auf die Interessen von Unternehmen und Arbeitnehmer setzen sich die Freien Demokraten für die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Interessen beider Parteien miteinander zu vereinbaren. Wir wollen einen Schmelztiegel für alle, vor allem Frauen dabei helfen, Unternehmen und Familien zu vereinen. Frauen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind und sich nach einer Baby- oder Erziehungszeit zurück in den Berufsleben, fortan als Unternehmerin, bzw. Kleinunternehmerin, trifft häufig die s. g. "395-Euro-Falle". Konkret bedeutet das, dass der monatliche Beitrag zur GKV - nämlich 360 Euro - bezahlen müssen, wenn der monatliche Verdienst 395 Euro übersteigt. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen und eine faire Bemessungsgrenze ersetzen - etwa eine prozentuale Einkommen.

- **Schluss mit überflüssigen Staatsausgaben, Abschaffung der Landesenergieagentur.**

Ein Paradebeispiel ist die von der schwarz-rot-Grünen Regierung geschaffene Landesenergieagentur, die nur für die Energie-Genossen errichtet worden ist. Diese Einrichtung soll wieder abgeschafft werden. Auch die aufwändige Betreuung von Kindern, die in der Bundesrepublik, darf keinen Bestand haben. Es ist zumutbar, dass sich Eltern halbtags selbst um ihre Kinder kümmern - es ist nicht möglich, dass für die zusätzlichen Betreuungsstunden selbst bezahlt werden muss, da das Geld fehlt an unseren Schulen und in den Kindertagesstätten.

- **Abschaffung des...**

Schluss mit dem... das Vergaberecht. Das Vergaberecht in Sachsen-Anhalt mit seinen zahlreichen Regelungen muss gestrichen werden.

- **Weg...**

In... Gesetzgebers in das Tarifvertragsrecht und die staatlich festgelegte Mindestlöhne müssen in Zukunft die bundesweiten Einheitslöhne werden den

unter Berücksichtigung von branchenbezogenen Realitäten nicht gerechtfertigt. Sachsen-Anhalt mittelständische Unternehmen und deren Interessen.

- **Weg mit dem Wassercentrum, neues kommunales Wirtschaftsgesetz**

Der Wassercentrum hat sich seit seiner Gründung einseitig heimische Unternehmen die Wasserversorgung als Monopol Wasser verbrauchen. Einen wirklichen Grund für die hohen Preise gibt es nicht. Das Steueraufkommen ist verglichen mit dem bürokratischen Aufwand durch unendliche Ausnahmetatbestände. Es sollte sich aus der Wirtschaft raushalten. Dass Kommunen durch das Wirtschafts- und Handwerksbetriebe wieder mit eigener Verantwortung machen dürfen hat die große Koalition per Gesetz ermöglicht. Selbstbedienung und Kugelwirtschaft werden dadurch geöffnet. Gemeinderäte sind als Aufsichtsorgane überfordert. Das Risiko tragen letztlich der Steuerzahler und die in der heimischen Wirtschaftsbetriebe.

- **Wirklicher Bürokratieabbau, Abschaffung der Bürokratie für Unternehmen**

Der bürokratische Aufwand gerade für kleine Unternehmen ist enorm und nimmt mit jedem neu eingeführten Gesetz zu. Wirtschaftsverbände sprechen derzeit von 1000 Stunden pro Jahr. Daher fordern wir neugegründete Unternehmen, die innerhalb der ersten fünf Jahre sowie Unternehmen, die ausreichenden Empfangsgeräte vorhalten, von den Regelungen auszunehmen.

- **Keine neuen Steuern**

Die Landesregierung hat sich verpflichtet, die Einführung neuer Steuern und Abgaben zu vermeiden. Die Maut auf Bundesstraßen, nicht zustimmen. Wenn sie erst einmal eingeführt, wird sie über kurz oder lang auf Betriebe treffen. Warnendes Beispiel ist der „Solidaritätszuschlag“. Das eigentlich angestrebte Ziel der Abgabe ist es, die rote Regierung die Abgabe für andere Zwecke einzusetzen. Wenn die Maut erst einmal eingeführt, wird sie in wenigen Jahren zusätzlich belasten.

So wie es eine starke Industrie ist, so ist und bleibt doch der Mittelstand der regionalen Volkswirtschaft. Die Politik der Haseloff-Regierung gegenüber dem Mittelstand geprägt und belastet die Entwicklung des Landes. Gesetze, Einrichtungen sowie Steuern und Abgaben, die niemand braucht und die jeder wirtschaftlichen Tätigkeit hindert und deren Existenz nicht abgeschafft. Dieser wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung entgegengeboten werden.

Für die Lösung des Arbeitskräfteproblems

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- **Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von jungen Fachkräften, vor allem auch der ausländischen, und Schaffung lokaler Initiativen zu deren Umsetzung**

Jedes Jahr kommen junge Menschen zum Studium aus anderen deutschen Bundesländern, aus der EU, aber auch aus anderen Ländern. Die zögerlichen Ansätze zu einer Willkommenskultur durch die FDP, genügen nicht, um ihnen eine Perspektive in Sachsen-Anhalt nach dem Studium hinaus zu eröffnen. Zumal sie mit der Integration in den Arbeitsmarkt und der Rückholung von abgewanderten Sachsen-Anhaltern unterkariert werden. Junge Menschen, egal woher sie kommen, müssen frühzeitig aktiv integriert werden. Durch Initiativen der Unternehmen, Verbände und der öffentlichen Hand, die ihnen genauso wie in Handwerk und Industrie die Chance eröffnen, sich in Sachsen-Anhalt und Gemeinden heimisch zu fühlen.

- **Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung für eine bessere Arbeitskräfteverteilung**

In Sachsen-Anhalt ist die Konzentration der öffentlichen Verwaltung auf zwei/drei Standorte zum Wettbewerb um Arbeitskräfte zwischen Privater und öffentlicher Hand. Die Landesverwaltung sollte deshalb, wo es sinnvoll ist, Standorte in der Landesfläche erhalten oder neu errichten. Dies entzerrt den Wettbewerb zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Das bestehende

Aufbau von neuen Nebengesetzen wird dann langfristig zu einem Zuwanderungsboom entwickelt.

Es ist davon auszugehen, dass Deutschland und auch Sachsen in Zukunft eine niedrige Wachstumsrate verzeichnen werden und in Folge dessen Fachkräftemangel entstehen wird. Bisher zieht etwa in den wirtschaftsstarken Regionen Deutschlands die Wirtschaft noch verstärkt an Standorte ziehen, an denen sie mehr Arbeitsplätze finden. Gleichzeitig wird die Chance, Arbeitskräfte zu gewinnen, durch Standortentscheidungen von Unternehmen deutlich an Priorität verlieren. Deshalb in den kommenden Jahren sowohl die Infrastruktur ausbauen, um Arbeitskräfte zu mobilisieren und auch die Wirtschaft für Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

Für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- **Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes**
Anlagen haben Bestandsschutzgarantien.

Erneuerbare Energien haben auf dem deutschen Markt einen Anteil von über 25 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass sie in den Wettbewerb zu entlassen und das auf dem Markt aufbauende EEG endlich abzuschaffen.

- **Abschaffung der Stromsteuer**

Die einst von der rot-grünen Regierung eingeführte Stromsteuer erhöht die Energiepreise und stellt einen Standortnachteil Deutschlands dar und wird auch in Sachsen-Anhalt gefährdet.

- **Keine Diskriminierung von Energieträgern wie z.B. der Braunkohle aus ideologischen Gründen**

Nach dem geplanten Ausstieg aus der Atomenergie, der ein Fehlen von Energiepreise nicht auch noch dadurch in die Höhe getrieben werden, muss heimische Energiequellen in Frage gestellt werden. Es muss für alle Energieträger – auch für unsere heimischen – gelten.

Die Versorgung von sicherer und preiswerter Energie gehört zu den

wichtige Wettbewerbsvorteil. Für viele Unternehmen des produzierenden Gewerbes ist deshalb eine sichere und preiswerte Energieversorgung ein entscheidendes Kriterium für Investitionsentscheidungen von größter Bedeutung. Diese Tatsache wird von der schwarz-rote Landesregierung völlig verkannt.

Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren leider zu einer Region mit den europaweit schlechtesten Energiepreisen entwickelt. Die mittel- und langfristigen Folgen dieser Preisentwicklung für die wirtschaftliche Entwicklung sind dramatisch: Die Abwanderung der Industrie aus Sachsen-Anhalt ist in vollem Gange. Allein kann sich Sachsen-Anhalt aus dieser Entwicklung, die es im Bundesrat stets unterstützt hat, nicht retten. Mehr ist es höchste Zeit, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für unser Land gerecht wird und sich – anders als bisher – über die Entwicklung einer zukunftsfähigen Energiepolitik Deutschlands stark macht.

Für den zügigen Ausbau der Infrastruktur

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert:

- **Zügiger Ausbau des schnellen Internets**

Der Ausbau des schnellen Internets geht in Sachsen-Anhalt zu schleppend voran. Nur rund ein Drittel der kleinen und mittelständischen Unternehmen ist an das Internet angeschlossen. Dabei ist die Anbindung an das schnelle Internet für Unternehmen ein überragend wichtiger Standortfaktor. Unternehmen erleiden durch den fehlenden Anschluss an das Speed-Internet erhebliche Wettbewerbsnachteile.

- **Schnelle Fertigstellung der A 143, Verlängerung und der A 143 Westumfahrung**

Die A 143 (Halle – Halle) muss ebenfalls zügig fertiggestellt werden. Dieses Projekt darf nicht länger hingenommen werden, da es wegen der Bewältigung der Verkehrsprobleme immer wieder blockieren.

Die A 143 (Halle – Halle) ist umgehend fertigzustellen. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Sachsen-Anhalt

eine Initiative des BUND mitfinanziert, der alles unternimmt, um die Fertigstellung zu beschleunigen. Die Blockadepolitik des BUND hat bereits viele Menschen zum Leidwesen, die der Steuerzahler tragen muss. Damit muss Sachsen-Anhalt auch rechnen.

- **Bau des Saale-Straßenkanals**

Seit Jahrzehnten ist der Ausbau des Saale-Straßenkanals weitgehend ausgebaut. Sie kann jedoch als solche nicht betrachtet werden, weil der Ausbau im Mündungsbereich der Saale in die Elbe noch nicht erfolgt ist. Das Raumordnungsverfahren für den Ausbau des Schleusenkanals bei Tornitz) ist seit Jahren erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt kommt seitdem nicht mehr voran. Die schwarz-rote Regierung schafft es nicht, das Projekt mit der schwarz-roten Regierung zu realisieren. Der Handlungsbedarf für Sachsen-Anhalt ist groß.

- **Mehr Engagement für den Flughafen Leipzig**

Der Einfluss des Landes Sachsen-Anhalt auf den Flughafen Leipzig muss gestärkt werden. Der Flughafen spielt für die Wirtschaft unseres Landes eine wichtige Rolle. Während Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren die Entwicklung des Flughafens wesentlich unterstützt hat, ist der Einfluss heute deutlich geringer. Das muss sich ändern. Öffentliche Infrastrukturen sind zügig weiterzuentwickeln, sowohl für die klassischen Verkehrswege als auch für die Energieversorgung.

Standorte ohne schnelle Internetverbindung sind nicht klassisch. Unternehmen wandern ab statt zu. Und das ist ein Problem für die Regierung. Aber auch bei den Verkehrswege muss die Infrastruktur zeitgemäß erneuert oder ganz neu gebaut werden. Es gibt eine Reihe von gravierenden Lücken, die endlich geschlossen werden müssen.

Für eine effiziente Wirtschaftsentwicklung

Die FDP Sachsen-Anhalt

- **Mehr Engagement für Siedlungen und Investitionen.**

Die FDP Sachsen-Anhalt unterstützt ihre Aktivitäten der Wirtschaftsförderung fast ausschließlich in der Region. Investitionstätigkeiten und Neuansiedlungen finden in der Region noch statt. Die Investitions- und Marketinggesellschaft

musste sich als zentrale Aufgabe, das Ansiedlungsgeschäft, konzentrieren.

- **Nachhaltige Wirtschaftsförderung.**

Im Sinne der Nachhaltigkeit und der effizienten Verwendung von Steuergeldern ist die Förderung von Unternehmen der Wirtschaft ist eine weitere Rückführung der verlorenen Zuschüsse in Richtung rückzahlbarer Mittel der Fonds, Bürgschaften und Beteiligungen vorzunehmen. Dies ist noch stärker bei der Investitionsbank zusammenzuführen.

- **Konzentration der Wirtschaftsförderung auf leistungsintensive Branchen und Branchen mit hoher Innovationskraft.**

Förderschwerpunkte sollen auf innovativen, leistungsintensive Branchen konzentriert werden. Dies ist gegeben durch die vorhandenen Fördermöglichkeiten für Unternehmenserweiterungen, um zu nutzen, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten werden können.

Neuansiedlungen und Investitionstätigkeiten sind in den letzten Jahren zum Erliegen gekommen. Fördermittel des Bundes werden zum Teil mangels von Projekten zurückgegeben. Dies ist ein Hinweis auf das fehlende Engagement der Landesregierung, welches für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung notwendig ist. In den Jahren mit liberaler Regierungsbeteiligung war die Wirtschaftsförderung und effiziente Ansiedlungspolitik und die Beteiligung der FDP ein Markenzeichen. Ein Politikwechsel ist auch bei der FDP zu erwarten.

Sachsen-Anhalt hat den Anschluss an die wirtschaftliche Dynamik anderer Bundesländer verloren. Die Verantwortung dafür liegt zu großen Teilen hausgemacht. Sachsen-Anhalt ist in der Hand hat auf einen Wachstumskurs. Die FDP steht für Wachstum und eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik. Die Freien Demokraten wollen, dass Sachsen-Anhalt wieder ein Wachstumsland wird.